

3 **Im Zwielficht** Freiburg ist die einzige Stadt Deutschlands mit einer Partnerstadt im Iran. Der Beziehungsstatus? Ist kompliziert ...

4+5 **Schattenseiten** Auf einer Doppelseite werden die dunklen Ecken Freiburgs ausgeleuchtet. Wer hat das Sagen in der Stadt?

7 **Finstere Zeiten** Im Ersten Weltkrieg wurde die Nähe zu Frankreich Freiburg zum Verhängnis. Eindrücke aus dem schwarzen Frühling 1917.

Stadt:licht

Eine Publikation der Journalistik-Studierenden des Frankreich-Zentrums der Universität Freiburg



FOTOS: PAULA KERSTEN

„Die Stadt gehört niemandem und allen“

Der städtische Raum ist ein Konfliktraum, in dem verschiedenste Interessen aufeinanderprallen. Das Netzwerk „Recht auf Stadt“ will für die Bürger eintreten.

von Paula Kersten

Es ist ein kalter Januarmorgen. Philip Koblowski (Name geändert) vom „Recht auf Stadt“-Netzwerk Freiburg wirft auf dem Grether-Gelände dicke Plakatstapel in den Papiermüll. Diese haben ihren Zweck erfüllt: Die Veranstaltung, zu der sie in großen weißen Buchstaben eingeladen haben, hat vor wenigen Tagen rund 300 Interessierte im Audimax versammelt. Es wurde diskutiert, ob Freiburg zu einer „Zufluchtsstadt“ für Geflüchtete

Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben in der Stadt hat. „Die Stadt gehört niemandem und allen“, sagt Koblowski. „Wir vom ‚Recht auf Stadt‘-Netzwerk helfen denjenigen dabei, sich zu organisieren, die wenig Möglichkeiten haben, ihr Leben so zu gestalten wie sie möchten.“

Die Geburt des „Recht auf Stadt“

Bereits seit den Anfängen der Bewegung in den 1960er-Jahren verleiht das „Recht auf Stadt“ vor allem denjenigen eine Stimme, die in der Stadtentwick-

lung Wachstum oberste Maxime, was nicht ohne Konsequenzen für die Stadtplanung bleibt. Menschliche Bedürfnisse werden nicht prioritär berücksichtigt, die Folge ist eine zunehmende soziale Spaltung der Stadt. Der Protest lässt nicht lange auf sich warten: Überall in Europa und später auch in den USA organisieren sich Bewohner, um die Stadt zu ihrer Stadt zu machen und gegen herrschende Verhältnisse zu protestieren. Einer von ihnen ist der französische Stadtforscher und Philosoph Henri Lefebvre. Das von ihm geforderte „Droit à la ville“, das „Recht auf Stadt“, dient als theoretisches Fundament, das bis heute Menschen vereint, die eine demokratische Stadtentwicklung einfordern, in der die Bürger über ihren Lebensraum entscheiden. So auch in Freiburg.

„Recht auf Stadt“ in Freiburg

Zurück auf dem Grether-Gelände hat Koblowski in einem sonst leeren Versammlungsraum Platz genommen. „Unser Ziel ist die Vernetzung von verschiedenen Gruppen, die im Bereich der demokratischen Stadt tätig sind, und Menschen zu helfen, die Rat suchen. Zum Beispiel WGs, deren Miete erhöht wurde“, erklärt er. Das Netzwerk versucht nicht nur gegen Mieterhöhungen vorzugehen, sondern kauft auch Häuser auf und baut Wohnungen, die ihrer Vorstellung von sozialer Stadtentwicklung entsprechen. Eines der grundlegenden Probleme ist Koblowski zufolge allerdings nicht einfach aus der Welt zu schaffen: „Das Problem ist systemimmanent. Der Kapitalismus macht soziale Stadtplanung quasi unmöglich. Eines unserer Ziele

ist es, Häuser Stück für Stück aus dem Markt herauszulösen. Aber man kann den Kapitalismus natürlich nicht aufkaufen, das wäre absurd.“ Während die große gesellschaftliche Umwälzung, die eine Stadtentwicklung nach seiner Idealvorstellung erst ermöglichen würde, auf sich warten lässt, wird die von offizieller Seite vorangetriebene Stadtentwicklung intensiv verfolgt.

Unsozialer Wohnungsbau?

„Wir kritisieren den sozialen Wohnungsbau in seiner jetzigen Form. Auf jedem Grundstück, das gekauft wird, muss etwas 100 Prozent Soziales gebaut werden.“ Bislang können Bauherren nach zehn Jahren frei über die von ihnen errichteten Sozialwohnungen verfügen. Mieten können erhöht oder Wohnungen umgebaut und verkauft werden, was den Bewohnern die Wohnsicherheit nimmt. Auch der Gemeinderatsbeschluss von 2015, nach dem bei jedem neuen Bauvorhaben mindestens 50 Prozent sozialer Wohnungsbau realisiert werden müssen, werde häufig in der Realität nicht eingehalten. „Die Stadt braucht Leute, die kreativ sind, die die Wirtschaft fördern, um in der Städtekonkurrenz zu bestehen. Für die Geringverdienenden bleibt da wenig Platz.“

Allerdings haben viele der Geringverdienenden und auch andere Bürger nicht die Zeit und Muße, sich politisch zu engagieren. Dessen ist Koblowski sich bewusst. Doch nicht zuletzt der Erfolg der „Zufluchtsstadt“-Veranstaltung zeigt, dass „Recht auf Stadt“ ein Thema ist, das grundsätzlich viele interessiert – und das jeden etwas angeht.

Licht an!

Über die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in Städten. Sie verheißen ein besseres Leben, versprechen Arbeit, Wohlstand und Kultur. Doch die Lichter der Großstadt leuchten nicht für alle. Selbst in Freiburg nicht.

Geht die Stadt noch ihren Bürgern oder privaten Investoren? Das fragt sich das „Recht auf Stadt“-Netzwerk. Frauen fragen sich, ob sie sich ohne Straßenbeleuchtung noch sicher fühlen können. Zwielfichtig scheint Freiburg trotz des Mordfalls im Herbst 2016 für ausländische Studierende nicht zu sein. Im alten Stadion des SC Freiburg gehen bald die Lichter aus.

Währenddessen sucht die Stadtplanung den Pfad der Erleuchtung, wenn es um sozialen Wohnungsbau geht. Die Beziehung zwischen Freiburg und Isfahan ist nicht für alle ein strahlendes Beispiel einer Städtepartnerschaft. Beim Theaterfestival im Mai stehen die Bürger im Rampenlicht. Mit dem Ersten Weltkrieg wird eine dunkle Zeit Freiburgs beleuchtet. Der Freitaler erblickte schon vor einiger Zeit das Licht der Welt – und trotzdem kennt ihn kaum jemand.

Wir elf Studierende des Masters Deutsch-Französische Journalistik hoffen, dass euch Freiburg nach der Lektüre in etwas anderem Licht erscheint und wünschen viel Spaß beim Lesen.

Sabrina Grether, Franziska Gromann, Robert Handrack, Clarissa Herrmann, Paula Kersten, Océane Labalette, Ferdinand Moeck, Wyloën Munhoz-Boillot, Thomas Porcheron, Léa Schneider, Clara Surges



Die Gartenstraße 19 wurde im Jahr 2010 besetzt. Die Frage, wem die Stadt gehört, wird immer aufs Neue in unterschiedlichen Formen gestellt.

werden kann – also zu einer Stadt, die all ihren Bewohnern, unabhängig von Herkunft und Status, den gleichen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen gewährt und ihnen die Möglichkeit gibt, am städtischen Leben teilzuhaben. Der Gedanke steht in der Tradition der „Recht auf Stadt“-Bewegung, der zufolge jeder Mensch denselben

lung übergangen oder vernachlässigt werden. Gefordert wird eine soziale und demokratische Stadtentwicklung. Der historische Kontext, in dem das „Recht auf Stadt“ erstmals formuliert wird, spiegelt den Grundkonflikt wider, der bis heute verschiedenste Menschen weltweit in Protesten vereint: Nach dem Zweiten Weltkrieg ist

Mal anders: Geflüchtete nehmen Studierende auf

Seit Oktober 2016 wohnen Geflüchtete und Studierende gemeinsam in einem Wohnprojekt. Noch im Januar 2017 hieß es, die Studierenden dürften nur bis August bleiben. Doch das Projekt ist Teil einer wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskussion, die erst am Anfang steht.

• von Wyloen Munhoz-Boillot

Im Frühling 2016 wird im Stadtteil Zähringen eine neue Unterkunft für Geflüchtete gebaut. 150 Menschen ziehen im August 2016 ein. Zunächst nur für Geflüchtete konzipiert, steht das Gebäude teilweise leer, nachdem die Zahl der nach Freiburg gekommenen Geflüchteten abgenommen hat. Vor dem Hintergrund der Wohnungsnot bei Studierenden kommen Stadtverwaltung und Studierendenwerk Freiburg (SWFR) gemeinsam auf die Idee, ein Sozialprojekt daraus zu machen.

„Zusammenwohnen und -leben fördert Miteinander und Integration“, sagt Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach, der die mit dem Projekt angestrebte „bunt gemischte Nachbarschaft“ lobt. Ein Konzept, das bei Studierenden gut ankam. Über 400 Bewerbungen erreichten das Studierendenwerk – für nur 72 Plätze.

Am 15. Oktober ist es soweit. Die Studierenden ziehen ein. Konstantin ist einer von ihnen. Der 26-Jährige – in der Ukraine geboren und in Deutschland aufgewachsen – arbeitet als Tutor in diesem Projekt und freut sich darüber: „Es ist nicht nur eine sinnvolle Tätigkeit, sondern die Begegnung ist das Entscheidende.“ Seine Aufgabe besteht darin, die Arbeit der 25 ehrenamtlich engagierten Studierenden zu leiten und sie mit der Arbeit des Helferkreises „Längenloh“ zu koordinieren. Neben Deutschunterricht werden sowohl Näh- und Strick-Ateliers als auch Fußball, Perkussionskurse und Gartenpflege an-



Bewohner des Wohnprojekts „Längenloh“. FOTO: WYLOEN MUNHOZ-BOILLOT

geboten, als Orte der Begegnung zwischen den Bewohnern. So sind auch die Innenhöfe „immer voller Kinder“, freut sich Konstantin. „Sie klopfen öfter mal mit Hausaufgaben an“, erzählt Laura. Die 22-Jährige Studentin gesteht, dass sie ihre Teilnahme am Wohnprojekt anfangs als Übergangs-

phase gesehen habe. Doch jetzt ist sie überzeugt: „Nicht Nebeneinander, sondern das Miteinanderleben hat mir gut gefallen.“ Für Diaa (25), Medizinstudent aus Syrien, geht es darum, etwas zurück zu geben: „Mir wurde geholfen und jetzt will ich selber helfen.“

Was immer die Gründe sind, die Bewohner scheinen mit dem Projekt glücklich zu sein. Gastfreundschaft und Herzlichkeit sind Begriffe, die in ihren Gesprächen häufig wiederkehren. „Das ehrenamtliche Engagement ist eine gewonnene Erfahrung, die den Studierenden viel bringt und gleichzeitig den Geflüchteten bei ihrer Integration hilft“, sagt Antje Reinhard von der Koordinationsstelle des ehrenamtlichen Engagements.

Inga Schwarz vom Freiburger Netzwerk für Migrations- und Integrationsforschung (FREINEM) hat im Dezember 2016 einen Workshop zum Thema „Flüchtlingsunterbringung in Freiburg“ ins Leben gerufen. „Wir haben versucht Migrations-Wissenschaftler und Akteure aus der Migrationsarbeit an einen Tisch zu bringen – Menschen, die sonst sehr selten zusammenkommen –, um Perspektiven für die Unterbringung von Geflüchteten in Freiburg zu entwickeln.“ Wie kann man beim Bau einer Unterkunft die Anwohner einbeziehen? Ist die Einbeziehung von Geflüchteten in die Stadtplanung möglich? Und wenn ja, wie? Solche Fragen wurden zunächst im geschützten Raum des Workshops diskutiert. „Es ist ein sehr politisiertes Thema im Moment“, warnt Schwarz, „Wir wollten deshalb eine Arbeitsatmosphäre schaffen, in der Menschen erstmal ihre persönlichen Herausforderungen ganz offen äußern können.“ Ergebnisse werden im Laufe des Jahres 2017 öffentlich gemacht. „Es ist wichtig, solche Veranstaltungen einer breiteren politischen Diskussion zu öffnen“, betont die Wissenschaftlerin.

Zurück zu „Längenloh“. Im März 2017 sollten die Studierenden nach nur sechs Monaten wieder ausziehen. „Freundschaft auf Zeit wollen wir nicht“, stellten die Studierende in einer Petition klar. Nun dürfen sie doch bis August bleiben. Danach sollen die Zimmer wieder ausschließlich Geflüchteten zur Verfügung stehen. „Doch die Stadt ist dabei – zusammen mit dem SWFR – ein ähnliches Projekt zu planen, bei dem von vornherein Flächen für studentisches Wohnen vorgesehen sind“, versichert Katja Niethammer, Leiterin des Amtes für Migration und Integration, „Damit kann dem gemeinsamen Wohnprojekt Nachhaltigkeit verschafft werden.“

Ob das als Vorbild für andere Städte gelten könnte? „Nur bis zu einem gewissen Punkt“, sagt Schwarz, „denn in den unterschiedlichen Bundesländern herrschen unterschiedliche rechtliche Bedingungen für die Unterbringung.“ Zudem hängt es stark von Initiativen der kommunalen Entscheidungsträger ab, inwieweit sie sich mit der Unterbringung der Geflüchteten beschäftigen. Der Fokus liegt momentan auf der lokalen Ebene.

„Making Heimat. Germany, Arrival Country“
Ausstellung des Deutschen Architekturmuseum Frankfurt zur Flüchtlingsunterbringung vom **4. März bis 10. September 2017**
Die Ausstellung wurde für den Deutschen Pavillon auf der 15. Internationalen Architektur- ausstellung 2016 – La Biennale di Venezia realisiert.

Suchst du noch oder wohnst du schon?

Jedes Jahr kommen Studierende, Arbeitnehmer und Geflüchtete nach Freiburg und verstärken den Druck auf den schon angespannten Wohnungsmarkt.

Die Stadt steht deswegen vor der Herausforderung, neuen Wohnraum zu schaffen.

• von Océane Labalette

Freiburg benötigt dringend zusätzlichen Wohnraum. Wie München, Heidelberg und Leipzig gehört es zu den Schwarmstädten Deutschlands. Jedes Jahr kommen neue Einwohner in der Stadt an. Der attraktive Arbeitsmarkt, die Universität und das angenehme Klima mit den meisten Sonnentagen Deutschlands machen Freiburg so beliebt. Das schnelle Wachstum der Stadt stellt die Verantwortlichen vor die Herausforderung, in Stadtnähe neuen Wohnraum zu schaffen, ohne dabei dem Charakter der grünen badischen Stadt zu schaden.

Bis 2030 werden in Freiburg 14 600 neue Wohnungen benötigt, um dem Bevölkerungszuwachs nachzukommen. Der neue Perspektivplan der Stadt, an dem auch Bürger mitarbeiten, gibt seit dem Jahr 2012 den roten Faden für die Stadtplanung vor. Obwohl es noch keinen gesetzlichen Rahmen für Freiraumentwicklung gibt, zwingt der Platzmangel schnell wachsende Städte, die verfügbaren Stadflächen bestmöglich

zu nutzen, zu begrünen und verkehrsgünstig anzuknüpfen. Für den Wohnungsbau braucht man Bauplätze. Daran arbeitet der Landschaftsarchitekt und Umweltplaner der Stadt Freiburg, Markus Liesen. „Der Perspektivplan will bauliche Entwicklungen zusammen mit der Freiraumentwicklung sehen“, erklärt Liesen.

Bauplätze gibt es kaum, weder in der Freiburger Innenstadt noch in den Außenbezirken. „Den ganz großen Bedarf, den wir in der Stadt haben, können wir alleine fast gar nicht decken“, sagt Freiraumplaner Markus Liesen. Freiburg muss deswegen Partnerschaften mit Nachbarkommunen ausbauen, um die Stadt mehr an die Region anzubinden.

In der Innenstadt sucht das Stadtplanungsamt vor allem nach Räumen, die eine zusätzliche Nachverdichtung noch ertragen können. Tim Freytag, Professor der Humangeographie an der Universität Freiburg erklärt: „Wenn wir noch mehr in der Innenstadt verdichten, noch mehr bauen in den eng bebauten Gebieten, dann ist irgendwann der kritische Punkt über-

schritten und man fühlt sich nicht mehr wohl.“ Auf der anderen Seite könnten seiner Ansicht nach neue Bauprojekte dem typischen Stadtkarakter nicht schaden, solange diese „behutsam eingefügt“ würden.

Im Rahmen einer sogenannten Entwicklungssatzung soll ein ganz neues Stadtviertel entstehen. Im zukünftigen Stadtteil Dietenbach, dessen geplante Größe etwa dem heutigen Rieselfeld entspricht, werden laut Plan Wohnungen für mehr als 12 500 Einwohner entstehen. Der zuständigen Projektleiterin Annette Schubert kommt es vor allem darauf an, dass nicht beliebig gebaut wird, sondern nach ästhetischen Richtlinien. „Es wird so dicht wie Rieselfeld, es ist nicht vergleichbar mit Herdern. Es wird ein neuer dicht gebauter urbaner Stadtteil werden“, erklärt sie.

Langfristig könnte der neue Stadtteil Dietenbach eine Lösung für den Wohnraumangel sein. Der Bau des neuen Stadtviertels kann jedoch frühestens nach Abschluss der Planungs- und Prüfungsphase im Jahr 2022 beginnen.



Punkthäuser im Rieselfeld. FOTO: STADT FREIBURG

Unbeantwortet bleibt eine weitere Frage, die Professor Freytag sich stellt: „Was man heute plant, das hat man vielleicht in fünf, acht oder zehn Jahren gebaut, man weiß jedoch heute nicht, wie es in zehn Jahren aussehen wird.“ Heutige Bauprojekte könnten vielleicht in ein paar Jahren gar nicht mehr benötigt werden. Außerdem soll

sich der geplante Wohnbau ins Stadtbild einfügen, so dass der Stadtkarakter erhalten bleibt.

Für die vielen neuen Studierenden, Mitarbeiter und Geflüchteten, die jedes Jahr in Freiburg ankommen, hat die Stadt noch keine Lösung gefunden.

Freiburg und Isfahan – Ein Balanceakt

Freiburg ist die einzige deutsche Stadt, die eine Partnerschaft zu einer iranischen Stadt unterhält. Der Kontakt mit Isfahan ist sehr lebendig, gestaltet sich jedoch aufgrund der politischen Situation nicht immer einfach. Eine Bestandsaufnahme.



Der belebte „Platz des Imams“ im historischen Zentrum Isfahans ist einer der größten Plätze der Welt. FOTO: HANNAH LUISA QUECKE

• von Clara Surges

Binahe zwanzig Jahre ist es her, dass Mohammad Salavati, damals Mathematikprofessor an der Universität Freiburg, bei einem Heimatbesuch in Isfahan den dortigen Bürgermeister Ali Javadi kennenlernt. Der Zufall führt die beiden in einem Schwimmbad zusammen. Im Whirlpool erzählt Salavati von seinem lang gehegten Wunsch, eine Städtepartnerschaft aufzubauen zwischen dem grünen, beschaulichen Freiburg im Schwarzwald und Isfahan, der iranischen Kulturmetropole mit zwei Millionen Einwohnern. Sein Anliegen findet Gehör. Im Jahr 2000 unterzeichnen die Bürgermeister beider Städte feierlich den offiziellen Vertrag der ersten deutsch-iranischen Städtepartnerschaft.

Bürgerschaftlicher Austausch von politischen Spannungen unberührt

Von Beginn an prägen Widersprüche und unüberwindbar scheinende Gegensätze die Zusammenarbeit. Als in der Amtszeit des umstrittenen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad (2005 – 2013) die diplomatischen Beziehungen mit dem Iran zunehmend belastet werden, kommt auch die Städtepartnerschaft politisch zum Stillstand. Zwischen 2005 und 2014 finden keine offiziellen Besuche zwischen Freiburg und Isfahan statt. Anlässlich der drohenden Steinigung einer angeblichen Ehebrecherin entflammt 2010 in Freiburg die Diskussion, ob man die Städtepartnerschaft nicht besser auf Eis legen sollte. Auch in Isfahan gibt es Gegner. Kritikpunkte sind die westlichen Werte, die deutschen Beziehungen zu Israel und die geringe Bedeutsamkeit Freiburgs im Vergleich zu anderen Partnerstädten wie Istanbul, Barcelona oder Kairo. Von allen Bedenken und Diskussionen unberührt bleibt jedoch über all die Jahre hinweg der kulturelle Austausch zwischen den Bürgern beider Städte. Treibender Motor ist der Verein „Freundeskreis Freiburg-Isfahan“, der eine Vielzahl verschiedener Projekte unterstützt. Vorstandsmitglied Mohammad El Kady betont: „Wir vom Freundeskreis Freiburg-Isfahan halten uns aus der Politik raus. Wir widmen uns allen Kulturbereichen – damit erreicht man viel mehr als auf politischer Seite.“

Konzerte und Ausstellungen, Theater- und Bildungsaustausche tragen zum Verständnis der anderen Kultur bei: Der Chor der Freunde des Bernhard-Gymnasiums führt beispielsweise im Januar 2016 die Krönungsmesse von Mozart in einem Kulturzentrum der Partnerstadt auf – im Sommer darauf gibt das Bahar-Ensemble aus Isfahan ein Konzert mit klassischen persischen Liedern in der Freiburger Herz-Jesu-Kirche.

Besonders beliebt ist die zweiwöchige Bürgerreise nach Isfahan, die das Reisebüro „Die Brücke“ zwei- bis dreimal im Jahr organisiert. Mittlerweile fahren nicht mehr nur Freiburger mit, sondern Interessierte aus ganz Deutschland. „Was die Leute am positivsten überrascht, ist die Aufgeschlossenheit der Iraner. Das glaubt vorher keiner“, sagt El Kady.

Politische Öffnung – eine Illusion?

Seit Amtsantritt des als gemäßigt geltenden Präsidenten Hassan Ruhani im Jahr 2013 vollzieht sich auch politisch eine Öffnung. Das Ende der Wirtschaftssanktionen im Januar 2016 hat sich ebenfalls positiv auf die Städtepartnerschaft ausgewirkt. Das Interesse der isfahanischen Stadtpolitik liegt dabei zu großen Teilen im ökonomischen Bereich: Für die Bauplanung einer Metrolinie steht die iranische Stadt mit der Freiburger Verkehrs AG (VAG) und der Feuerwehr in Kontakt. Auch bei Projekten auf dem Gebiet der Solarenergie greift Freiburg Isfahan unter die Arme.

„Bei allem Streben nach Modernisierung darf man jedoch nicht vergessen, dass der Iran weiterhin autoritär regiert wird und dort keine politische Offenheit herrscht“, erklärt Professor Tim Epkenhans, Islamwissenschaftler an der Universität Freiburg. Derselben Meinung ist Simon Waldenspuhl, seit 2014 für „Die Partei“ Mitglied im Freiburger Stadtrat und einer der schärfsten Kritiker der Städtepartnerschaft: „Es ist absurd, Präsident Ruhani als moderat zu bezeichnen. Die Todesstrafe ist auf tausend Fälle pro Jahr gestiegen.“

Ebenfalls untragbar sei die Haltung des Iran gegenüber Israel. Im April 2016 lobt die Islamistische Studierendenvereinigung der Universität Isfahan einen Wettbewerb für Holocaust-Spott-Karikaturen aus. Von der Stadt und der Universität Freiburg dazu aufgefordert, distanzieren sich ihre iranischen Pendanten unmittelbar von dem Aufruf – dabei sind gar nicht sie dafür verantwortlich, sondern allein die Studierendenvereinigung, die der konservativen politischen Elite angehört. Epkenhans zufolge ist der Eklat symptomatisch für ein gespaltenes Land, in dem die Hardliner den moderaten Reformorientierten schaden und deren westliche Beziehungen beeinträchtigen wollen. Denn auch der universitäre Kontakt zwischen Freiburg und Isfahan ist in Form von Austausch, Stipendien, Summer Schools und Kongressen seit 2003 ein wichtiges Standbein der Städtepartnerschaft.

vom sogenannten Brautgeld und das Erbe wird gerecht zwischen Söhnen und Töchtern aufgeteilt“, sagt Veronika Freckmann, die von 2011 bis 2012 im Rahmen ihres Studiums der Islamwissenschaft ein Jahr in Isfahan gelebt hat. Obwohl Sittenpolizistinnen über die korrekte Kleidung der Frauen wachen würden, rutsche das Kopftuch immer weiter nach hinten und werde zunehmend zum Modeaccessoire umfunktioniert. „Frauen haben zwar weniger Rechte, erkämpfen sich aber das, was in ihren Möglichkeiten steht“, schließt Freckmann.

Zukunft der Städtepartnerschaft

Durch den bürgerschaftlichen Austausch stellt die Städtepartnerschaft für viele Isfahaner ein Fenster zu einer anderen Welt dar. Sie kann Wegbereiter sein für gesellschaftliche und politische Entwicklungen.

Aus diesem Grund möchte er kein Teil des Freundeskreises Freiburg-Isfahan sein, obwohl dieser schon mehrmals um ihn geworben hat. Stattdessen organisiert Abadikhah auf eigene Faust mehrmals im Jahr Veranstaltungen mit iranischen und deutschen Musikern und Tänzern.

„Kultur ist im Iran das Politischste überhaupt“, erklärt auch Islamwissenschaftler Epkenhans. Er hält es dennoch für unangemessen, die Partnerschaft aufzukündigen. Gerade jetzt böten sich durch das Ende der Sanktionen große Chancen für die Wirtschaft. Deswegen sei es sinnlos, „auf stur zu schalten“ und den Iran mit westlichen Standards messen zu wollen. „Deutschland ist da ambivalent. Bei anderen Handelspartnern wie Saudi Arabien, Südkorea oder China wird doch auch ausgeblendet, dass es an Menschenrechten fehlt, an politischer Pluralität und an Rechtsstaatlichkeit.“

Die Städtepartnerschaft zwischen Freiburg und Isfahan ist ein Balanceakt, den sich laut Epkenhans einige führende Köpfe in Freiburg lieber erspart hätten. „Freiburg ist auf seinen eigenen Diskurs hereingefallen: linksliberal, weltoffen, grün.“ Waldenspuhl vermutet gar, die Stadt habe sich bewusst auf diese Herausforderung gestürzt: „Freiburg wollte mal wieder etwas Besonderes sein und mit dieser exotischen Partnerschaft als Leuchtturmstadt herausstechen.“

Ob das nun stimmt oder nicht – Freiburg hat mit seinem ausgefallenen Projekt Nachahmer gefunden. Weimar will die Städtefreundschaft zur iranischen Stadt Shiraz zu einer festen Städtepartnerschaft ausbauen, nach dem Vorbild von Freiburg und Isfahan.

Zu empfehlen:

Dokumentarfilm
Freiburg Isfahan – Eindrücke einer umstrittenen Partnerschaft (2015)
von Tristan Stöber, Jan Wohlfahrt und Alexander Hausen:

<https://vimeo.com/132102412>



Viele junge Frauen tragen den Schleier als Modeaccessoire. FOTO: HANNAH LUISA QUECKE

Problematisch findet Stadtrat Waldenspuhl außerdem die rechtliche und gesellschaftliche Stellung der Frau im Iran. Frauen werden durch die Scharia, Rechtsgrundlage der Islamischen Republik, benachteiligt. „Mittlerweile wenden viele Familien die Vorgaben jedoch gar nicht mehr an. Junge Frauen dürfen ihren Mann selbst aussuchen, Eltern machen keinen Gebrauch mehr

„Dialog ist immer gut“, sagt Salavati, doch trotzdem bleibt die Frage: Lässt sich der kulturelle Austausch wirklich klar von der Politik trennen?

Hassan Abadikhah ist skeptisch. Der iranische Inhaber des Freiburger Spezialitätenladens Daria sagt: „Viele Iraner glauben, dass die Leute, die sich für die Partnerschaft engagieren, mit der Regierung im Iran zu tun haben.“

SCHATTENSEITEN

Stadt ist Lebensraum. Für Männer, Frauen, Alte, Junge, Kinder, Arme und Reiche, Tiere. Aber wie wir sie wahrnehmen, ist ganz verschieden und hängt unter anderem ab von Alter, Gesundheit, finanziellem Vermögen und Geschlecht.



Angst ist (k)ein Fremdwort

Für ausländische Studenten, die Freiburg nie als „gefährliche“ Stadt wahrnahmen, haben die Mordfälle und Ereignisse des vergangenen Jahres viele Fragen aufgeworfen. Wie fühlt man sich als ausländische Studierende in dieser Situation? Stadt:licht hat ihre Reaktionen aufgenommen.

von Léa Schneider



FOTO: MARIAH MAGALLANES

Daichi, 18, Japaner, Bachelor „Liberal Arts and Sciences“

Im Dezember habe ich gehört, dass der Mörder von der Dreisam verhaftet wurde. Ich habe mich nicht unsicher gefühlt: für mich gibt es kein ernsthaftes Sicherheitsproblem. Ich war von diesem Fall nicht persönlich betroffen, habe es weder persönlich miterlebt noch in der Zeitung gelesen. Ich konnte es kaum glauben, als mein Mitbewohner mir davon erzählte, weil Freiburg doch so friedlich ist.

Ich hatte das Gefühl, dass dieser Fall weit von mir entfernt war. Ich bin immer wieder nachts in der Stadt geradelt. Jetzt bin ich gespannt auf die Reaktion der Deutschen. Ich habe gehört, dass der Mörder ein Flüchtling war. Werden die Freiburger tolerant bleiben? Oder werden sie die Flüchtlinge als eine ernsthafte Bedrohung für ihr alltägliches Leben wahrnehmen? Werden sie ausgeschlossen, werde ich mich unsicher fühlen. Schließlich bin ich ja auch ein Ausländer.



FOTO: FABIO PIVETTA

Alice, 21, Französin, binationaler Master „Interkulturelle Studien“

Ich habe mir nie wirklich Gedanken über Sicherheit in Freiburg gemacht. Ich habe schon in einer ähnlich großen deutschen Stadt gewohnt und war dort nie verunsichert. Mein Gefühl hat sich nach den zwei Mordfällen überhaupt nicht verändert, obwohl es immer wieder in den Medien

Wie kann die Stadt Einfluss nehmen? Grundsätzlich einmal über die Frauenbeauftragte, Simone Thomas, die Ansprechpartnerin für Bürger und Stadt bei frauenrelevanten Themen ist. Sie hat hauptsächlich beratende Funktion. In der Stadtverwaltung mit dem Thema befasst ist seit 2005 die Abteilung Gender Mainstreaming. Diese erstellt Leitlinien zur Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit und untersucht und berät die Stadt dabei. „Eine unserer Hauptaufgaben ist zu erheben, wie sich Fördermaßnahmen auswirken. Dabei geht es beim Gender um mehr als nur die biologische Unterteilung Mann und Frau, sondern um das erlernte soziale und kulturelle Geschlecht“, erklärt die Geschäftsstellenleiterin Snezana Sever, „Teil des Gendermainstreams II, der 2016 vom Gemeinderat verabschiedet wurde, ist unter anderem der Perspektivplan zur Stadtentwicklung Freiburgs.“ Dort wird darauf geachtet, dass möglichst alle betroffenen Bevölkerungsgruppen mit einbezogen werden. Wo 2014 noch doppelt so viele Männer wie Frauen als Schlüsselpersonen beteiligt waren, ist nach Erhebungen 2015 das Verhältnis in den Workshops inzwischen ausgeglichen.

Der oder Die Stadt?

Geschlechterspezifische Stereotypisierungen werden in der Stadt alltäglich verstärkt oder reproduziert. Oft unbewusst setzt sich männliche Dominanz im öffentlichen Raum durch. Wie macht sich das in Freiburg konkret bemerkbar? Eine Spurensuche

von Franziska Gromann

Wie sicher fühlt man sich als Frau in Freiburg? Immer wenn Vorfälle wie der Mord an der Dreisam oder die Silvesternacht in Köln durch die Medien gehen, flammt die Debatte wieder auf. Doch laut Frauenbeauftragter Simone Thomas sind der sichere Heimweg und die nächtliche Straßenbeleuchtung ein Dauerthema. Bezüglich Beleuchtung hat Energiesorger Badenova dazu aufgerufen, defekte Straßenlaternen per Mail zu melden, da insbesondere in weniger belebten Vierteln auch weniger Kontrollen stattfinden. So kann gezielt repariert werden.

Was geschieht abseits der städtischen Initiativen? Laura, 20, Studentin, wohnt im Stühlinger. „Ich muss zwar nicht direkt über den Stühlinger Kirchplatz, aber manchmal fühlt man sich doch etwas unwohl. Wenn einem einer über längere Zeit hinterherläuft oder zwanghaft ein Gespräch anfangen will.“ Ihre Taktik: Sie telefoniert mit einer Freundin, einmal hat sie auch beim Zuhörtelefon NightLine angerufen. „Dann fühle ich mich weniger allein auf der Straße und man wird tatsächlich weniger ‚angemacht‘“, erklärt sie. Neben solchen individuellen Schutzmaßnahmen gibt es auch Initiativen wie jene der Feministischen Linken, die unter dem Motto „Wir nehmen uns die Straße, Wir nehmen uns die Nacht“ im Dezember zu einer abendlichen Demonstration von „Frauen*, Mädchen*, Lesben*, Trans*- und Interpersonem*“ aufgerufen hatte.

Ein oft übersehenes Problem ist die fehlende beziehungsweise stark stereotypisierte Darstellung von Frauen und Männern im Stadtbild. „Das Piktogramm einer Frau mit Kind an der Hand – klar! Das ist für Fußgänger. Aber wieso denn eigentlich immer eine Frau? Was ist mit den sorgenden Vätern?“, fragt Frauenbeauftragte Simone Thomas und bekräftigt, „das Umkehren solcher versteckten Bild-Nachrichten, die Stereotypen, wie etwa der Frau als Mutter, im öffentlichen Leben fortzuschreiben, ist mir ein Anliegen.“ Auch bei der anstehenden Umbenennung einiger Straßen hat sie Initiative ergriffen. Aktuell umfasst die Vorschlagsliste des Gemeinderats für die Neubenennung zehn männliche und zwei weibliche Namensgeber. Thomas möchte, dass hier die Geschlechter gleichmäßig vertreten sind. Momentan sind in Freiburg ungefähr Dreiviertel aller nach Personen benannten Straßen nach Männern benannt.

Snezana Severs Vorgängerin in der Geschäftsstelle Gender Mainstreaming, Cornelia Hösl-Kulike, begleitete das Ausbauprojekt der Tramstrecke Zähringen 2009 im Rahmen des EU-Programms „GenderAlp!“. Inwiefern eine Tramstrecke genderrelevant sein kann? Laut Statistischem Bundesamt nutzen Frauen den Öffentlichen Nahverkehr häufiger als Männer, auf dem Weg zur Arbeit, bei der Erledigung von Besorgungen, bei der Pflege und Versorgung von Kindern und Angehörigen. Dementsprechend ermittelte die Gender-Mainstreaming-Planstelle, wie der Ausbau angepasst werden müsste, um hier etwaige Hindernisse aus dem Weg zu räumen. Prinzipiell profitieren auch Männer von barrierefreien Umsteigemöglichkeiten und einfach erreichbaren Haltestellen, aber durch die unterschiedliche Nutzung kann so der Zugang von Frauen zum öffentlichen Leben in der Stadt erheblich erleichtert werden.

Von der Politik des Wohnens

Seit den 90er-Jahren wächst Freiburg und damit die Nachfrage an Wohnraum unaufhörlich. Vor allem hinsichtlich der Bereitstellung geförderter Wohnungen sieht sich die Stadt mehr denn je vor Herausforderungen gestellt.

von Ferdinand Moeck

Die heutige Welt ist eine Welt der Städte. Bereits 2005 lebte die Hälfte der Bevölkerung im urbanen Raum. Laut einem Bericht der Vereinten Nationen soll der Grad der Verstädterung bis 2030 gar auf 60 Prozent steigen. Spätestens seit der industriellen Revolution ist die Integration neuer Stadtbewohner eine der großen städtepolitischen Aufgaben. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Zählte Freiburg 1950 noch rund 116.000 Bewohner, hat sich die Zahl in den nachfolgenden Jahrzehnten bis heute beinahe verdoppelt. Aus der Bevölkerungsprognose des städtischen Amtes für Bürgerservice

und Informationsverarbeitung geht hervor, dass allein von 2015 bis 2030 Freiburg um rund 27.000 Einwohner anwachsen soll. Laut einer Studie des Berliner Forschungs- und Beratungsunternehmens Empirica, die von der Stadt Freiburg in Auftrag gegeben wurde, müssten in den folgenden Jahren mindestens 14.600 neue Wohnungen gebaut werden. Spätestens seit der industriellen Revolution ist die Integration neuer Stadtbewohner eine der großen städtepolitischen Aufgaben. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Bereits heute sind laut dem Amt für Liegenschaften und Wohnungswesen über 1.500 wohnungssuchende Haushalte in Freiburg gemeldet. Zum Vergleich: 2004 waren es noch 590. Die tatsächliche Zahl dürfte dabei höher liegen, da hierin nur die Haushalte zählen,

die sich bei der Stadt offiziell als „wohnungs-suchend“ gemeldet haben.

Besonders vom Wohnungsmangel betroffen sind und werden auch in Zukunft diejenigen sein, die sich hohe Mieten im städtischen Raum – von Kaufpreisen ganz zu schweigen – nicht leisten können. Die Bereitstellung geförderter Wohnraums stellt einen zentralen Punkt in der Freiburger Stadtplanung dar. Sie ist Teil hitziger und ideologisch aufgeladener Debatten.

In der Gemeinderatsitzung am 19. Mai 2015 wurde mit knapper Mehrheit von 25 zu 24 Stimmen beschlossen, den festgeschriebenen Anteil geförderter Mietwohnungen bei künftigen Neubauten von 30 auf 50 Prozent zu erhö-

hen – unabhängig davon, ob es sich dabei um private oder öffentliche Bauunternehmer handelt. Ein bundesweit einmaliger Beschluss, der die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums sowie eine bessere soziale Durchmischung der Stadtteile gewährleisten soll. In Einzelfällen kann der Gemeinderat jedoch Ausnahmen von der 50-Prozent-Regel genehmigen.

Ist man sich in den Parteien über die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums einig, scheiden sich die Geister bei dem dazu einschlagenden Weg. Befürworter des Beschlusses halten ihn deshalb für nötig, weil selbst die zuvor festgeschriebenen 30 Prozent nicht die gewünschten Ergebnisse gebracht haben und bezahlbarer Wohnraum in Freiburg dringender Weg für Wohnungsmittel mit Mietpreis- und Belegungsbindungen in den nächsten Jahren kompensiert werden. Von bis zu 1.915 solcher Wohneinheiten ist im Handlungsprogramm Wohnen der Stadt Freiburg die

Rede. Gegner hingegen, unter ihnen Oberbürgermeister Dieter Salomon (Die Grünen), scheiden sich die Geister als Blockade für private Investitionen. Der Ausbau neuen bezahlbaren Wohnraums werde somit vielmehr erschwert. Eine Lösung musste her, will man dafür Sorge tragen, dass Wohnen in Freiburg nicht noch mehr eine Frage des finanziellen Vermögens wird.

Wohnen ist ein politischer Raum. Ein Ort, in welchem sich Machtbeziehungen und soziale (Fremd-) Positionierungen manifestieren. Er kann maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung von (Gruppen von) Individuen und ganzen Gesellschaften nehmen. Soziale Differenzierung und die Frage, wer am gesellschaftlichen (Mainstream-) Leben teilnehmen kann oder nicht, entscheidet sich zuweilen bereits am Wohnort. Baubürgermeister Martin Haag bezeichnet die Wohnversorgung als „politische Schwerpunktthema“. Daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern.

Impressum

Stadt:licht, eine Publikation der Journalistik-Studierenden des Frankreich-Zentrums der Universität Freiburg

Herausgeber

Frankreich-Zentrum der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
V.i.S.d.P. Eva Coydon, Geschäftsführung
Frankreich-Zentrum

Redaktion

Sabrina Grether, Franziska Gromann, Robert Handrack, Clarissa Herrmann, Paula Kersten, Océane Labalette, Ferdinand Mörck, Wylotin Munhoz, Boillot, Thomas Porcheron, Léa Schneider, Clara Surgeson

Redaktionelle Betreuung

Eva Opitz, Claudia Füßler, Thomas Goebel

Auflage

5.000

Druck und Verarbeitung

Freiburger Druck GmbH & Co. KG

Mit freundlicher Unterstützung von

qu-int. | marken | medien | kommunikation
www.qu-int.com

© Frankreich-Zentrum der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion.

und in der lokalen Zeitung vorkam. Ich fühlte mich auch relativ betroffen, da das Opfer eine Studentin war. Sie fuhr nach einer Party heim, was ich jedes Wochenende mache! Ich denke aber, dass die Zahl der Polizisten nach solchen Ereignissen aufgestockt wird und dass jeder aufmerksamer und wahrscheinlicher eher bereit ist zu reagieren, falls es zu Problemen kommt.

Ich weigere mich, meine Gewohnheiten zu ändern. Ich will nicht beständiger Angst nachgeben, weil sowieso alles gefährlich ist. Man kann auch in einem Brand ums Leben kommen, weil ein Nachbar mitten in der Nacht seine Pizza im Ofen vergessen hat.

Kurz gefasst, ich glaube nicht an ein vorbestimmtes Schicksal. Wenn irgendetwas passiert ist das Opfer nicht Schuld! Auch wenn ich aufhöre auszugehen, wenn ich jeden Tag zitternd auf meinem Fahrrad nach Hause fahre, wird das niemanden aufhalten, der etwas Gruseliges vorhat.



FOTO: MICHAEL MAILFERT

Max, 22, Luxemburger, trinationaler Master in Geschichte

Ich habe mir gar keine Gedanken über die Sicherheit in Freiburg gemacht. Die Berichterstattung zu diesem Thema ist immer entweder überspitzt oder politisch motiviert.

Tatsächlich fühle ich mich sehr sicher hier in Freiburg. Es gibt Kriminalität, die ja in den vergangenen Monaten für teils heftige Schlagzeilen gesorgt hat. Trotzdem denke ich nicht, dass Freiburg krimineller als andere Städte vergleichbarer Größe ist. Ganz im Gegenteil, ich fühle mich hier sehr geborgen. Die Größe der Stadt ist überschaubar und auch abends sind meist noch viele Leute unterwegs.

Mein Verhalten hat sich generell nicht verändert. Abends eher in Gruppen unterwegs zu sein und Freunde nach Hause oder bis zur Haltestelle zu begleiten, sind Gewohnheiten, die ich mir schon vor meiner Zeit in Freiburg angeeignet habe. Aber diese drücken nicht Unsicherheit aus, sondern einfach nur gesunden Menschenverstand.

Nach ein paar Monaten in Freiburg mache ich mir immer noch keine größeren Sorgen über die Sicherheit. Nach den Ereignissen der vergangenen Monate bin ich auch leicht besorgt, doch die Stadtverwaltung und vor allem die Freiburger sind eigentlich gut mit der Situation umgegangen. Es war nicht das Ziel, einen Sündenbock auszumachen, sondern viel eher zusammen für mehr Sicherheit in Freiburg zu sorgen. Das hat mich als Außenstehenden vor allem beeindruckt und trägt dazu bei, dass ich mich in Freiburg sicher fühle.

Eine Stellenaufstockung der Polizei in Baden-Württemberg ist für die nächsten Jahre geplant. Nach dem Mordfall an der Dreisam im Oktober 2016 kamen 25 zusätzliche Polizisten nach Freiburg, die bis Ende März 2017 geblieben sind.

Zahl der jährlichen vollendeten Tötungsdelikte lag in den vergangenen zehn Jahren im Schnitt zwischen Null und Eins pro Hunderttausend Einwohnern.

Freiburg hat die höchste Kriminalitätsrate Baden-Württembergs, die auch 2015 und 2016 weiter angestiegen ist. Oft handelt es sich aber um Fahrraddiebstähle und Schwarzfahrer.

Bürger erobern die Bretter, die die Welt bedeuten



Das Ensemble von „BOOM“ rockt auf der Freiburger Bühne – im Hintergrund Choreografin Doris Uhlig am Mischpult. FOTO: MAURICE KORBEL

• von Clarissa Herrmann

A body is a brain. Boom – tschack. Remix the brain. Boom – tschack“, spricht Carol-Ann mit klarer Stimme ins Mikrofon. „A body is the epicenter for action.“ Sie steht mitten auf der großen Bühne des Freiburger Theaters. Um sie herum liegen ihre Mitspieler auf dem Boden. Juli 2016, „BOOM“, ein „Tanzhappening für eine kritische Masse“ hat Premiere. Die österreichische Choreografin Doris Uhlig hat hierfür eine heterogene Gruppe Freiburger Bürger zusammengebracht. Etwa vierzig Menschen tanzen, rollen und zappeln zu Technobeats oder den Red Hot Chili Peppers durch diesen Abend. Junge, Alte, Frauen, Männer, Kinder formieren sich in Gruppen, brechen solistisch aus, schütteln ihre Körper. Und haben bei aller Energie des Elektrosounds etwas angenehm Unaufgeregtes. Als befreiten sie sich stellvertretend für Publikum und Stadt von gesellschaftlichen und politischen Zwängen. Es erinnert an Joseph Beuys' Begriff der sozialen Skulptur: der kreativ handelnde Mensch, der gestaltend auf die Gesellschaft einwirkt und zum Wohl der Gemeinschaft beiträgt. „Jeder Mensch ist ein Künstler“, postulierte Beuys 1967.

„Der Körper ist politisch“

„BOOM“ wurde als Eröffnungspremiere für das Bürgerbühnenfestival, das nach Dresden und Mannheim dieses Jahr in Freiburg stattfindet, ausgerufen. Inga, eine der Teilnehmerinnen, erzählt: „In dem Stück geht es um die Echtheit des Menschen. Deswegen ist es auch schön, dass die Gruppe so gemischt ist. Mit trainierten Profis hätte es lange nicht diese Spannung.“ Allerdings gibt sie zu bedenken, dass Uhligs Stück auch deshalb so interessant ist, weil es mit herkömmlichen Erwartungen bricht. Wären alle Theaterprojekte derart „unperfekt“, würde sich die Besonderheit verlieren. Carol-Ann beschreibt den Gedanken hinter der Choreographie: „Der Körper ist politisch. Wir können ihn nicht nur in Angst und Gewalt, sondern auch in Freude bewegen.“

Seit geraumer Zeit lässt sich allenthalben ein Wandel im Bereich der Künste beobachten – Politisierung, Demokratisierung und Bürgerbeteiligung sind Stichworte, die nicht nur im Bezug auf das Internet diskutiert werden. Als eine der Vorreiterinnen bundesweit hat Intendantin Barbara Mundel in Freiburg die Öffnung hin zur Stadt, und damit auch zu neuen Formen auf der Bühne, zur Mitwirkung von Laien – den sogenannten „Experten des Alltags“ – vorangetrieben. Veit Merkle, Dramaturg und Jurymitglied für das Festival „Art of the Cities“, erzählt, dass es anfangs in der Stadtverwaltung deshalb durchaus Anfeindungen gab. Mittlerweile käme die Kritik eher von der Zuschauerseite: „Nathan der Weise ist komplett ausverkauft. Da merkt man, es gibt den Wunsch nach klassischem Schauspiel. Freiburg bekommt immer wieder den Titel 'Innovativstes Theater abseits der Zentren', aber eben auch die Rückmeldung von Teilen der Zuschauer: So. Genug der Experimente.“

Bürgerbühne versus Hochkultur

Der Freiburger Kultur- und Sozialbürgermeister Ulrich von Kirchbach bestätigt, dass manche Projekte Kontroversen hervorgerufen haben. So empfanden einige Bürger den „Orbit“, einen weißen, mobilen Theatercontainer, der an verschiedenen Freiburger Orten Station machte, als unästhetisch oder das Urban Gardening als ungepflegt. „Eine brisante politische Diskussion“ gab es laut von Kirchbach, als das Theater die Bauwagenbewohner „Schattenparker“ unterstützte. Eine Zeit lang hatten sie sich mit ihren Wagen auf dem Theatervorplatz niedergelassen und „das Theater hat dies mit einem Rahmenprogramm begleitet“. Der Bürgermeister sieht das Ganze allerdings positiv: „Diese Projekte sind ja ein Teil von Mundels Arbeit, sie hat die Fenster aufgemacht. Das Theater ist damit auch Zentrum des politischen, des gesellschaftlichen Diskurses. Und das muss Stadttheater auch sein.“ Ihm ist die Kritik der klassischen Theatergänger noch nicht zu Ohren gekommen.

„Die traditionelle Kunstseite wurde nicht vernachlässigt“, sagt er. „Wir sind da nach wie vor auf sehr hohem Niveau.“

Diskussionen kennt von Kirchbach eher, wenn es darum geht, Soziales gegen Kultur auszuspielen. Als er vor 14 Jahren den Kulturbereich übernommen hat, hörte er diese Kritik vor allem in einkommensschwächeren Stadtvierteln. „Aber das ist deutlich weniger geworden. Weil das Theater in die Stadtteile gegangen ist und Schulkooperationen angeboten hat. Die Leute sehen – auch wenn sie selbst nicht ins Theater gehen –, dass ihren Kindern Möglichkeiten geboten werden. Das hat die Akzeptanz erhöht.“

Dem Dramaturgen Veit Merkle geht es bei dieser neuen partizipativen Bewegung, die man im deutschsprachigen Theater seit den 1990er Jahren beobachten kann, um mehr. Für ihn hat das auch ein politisches Moment. „Dahinter steht die Frage, wer heutzutage das Recht auf den Titel Bürger hat. Da hängen Privilegien dran, die Menschen, die derzeit hier ankommen, nicht unbedingt gewährt werden.“ Es geht also um eine Sichtbarmachung bestimmter Menschengruppen. Na-

„Auf der Bühne wird gestorben, ohne dass es Tote gibt. Das ist der große Vorteil der Bühne“

Nicole Colin, Theaterwissenschaftlerin

türlich könne man deren Geschichte auch von Profis spielen lassen. Stelle man aber diese Menschen direkt auf die Bühne, könnten „damit gewissermaßen Ausschnitte von Realität gezeigt werden, die sonst nicht abbildbar sind“. Ein Argument, das man in den vergangenen Jahren immer wieder von Theatermachern hört: Laien seien auf der Bühne authentischer als Profis.

Nicole Colin, Theaterwissenschaftlerin und Leiterin des Studiengangs Deutsch-Französische Interkulturelle Studien in Aix-en-Provence, wi-

Art of the Cities – so nennt sich das Bürgerbühnenfestival, das heuer in Freiburg gegeben wird. Heart of the City – so lesen wir es auf dem Dach des Theaters. Wie aber halten es die Bürger mit ihrer Bühne im Herzen der Stadt? Eine Pulsmessung.

derspricht dieser Ansicht vehement: „Nichts, was auf einer Bühne ist, ist in irgendeiner Form authentisch. Der große Vorteil von Kunst ist doch, Freiräume zur Verfügung zu stellen und diese Freiräume beruhen darauf, dass sie nicht Wirklichkeit sind. Das, was auf der Bühne passiert, ist eben nicht Wirklichkeit, das ist Möglichkeit.“ Colin betont den dadurch gewonnen Mehrwert für die Gesellschaft: „Wir können auf der Bühne bestimmte Dinge durchspielen, die wir in der Realität nicht durchspielen könnten, weil sie da sofort Konsequenzen haben, manchmal sogar tödliche. Auf der Bühne wird gestorben, ohne dass es Tote gibt. Das ist der große Vorteil der Bühne – das ist eben nicht authentisch.“

Doch Colin sieht in diesen Umwälzungen auch Positives: „Durch diese ganzen neuen Bewegungen ist da – im wahrsten Sinne des Wortes – Bewegung reingekommen. Das Theater hat begonnen, neue Felder für sich zu erarbeiten.“ Und sei so von einem Ort, an dem sich ehemals nur eine bestimmte Schicht von Bildungsbürgern getroffen habe, zu einem pluralistischen geworden. Zu diskutieren bleibt allerdings, ob die integrierende, partizipative Kunst nicht prekäre Arbeitsverhältnisse fördert. Laut der Zeitschrift „Theater heute“ sind zwischen 2004 und 2014 ein Drittel der Schauspielstellen weggefallen, die Verbliebenen haben Einkommensverluste von 30 bis 40 Prozent erlitten. Dies ist zwar ein Trend, der unabhängig von neuen künstlerischen Formen stattfindet. Colin gibt allerdings zu bedenken: „Die aktuelle Prekarisierung des Theaters erfordert neue Theaterformen, in denen sich das partizipative Theater besonders anbietet. Je weniger Geld das Theater hat, desto einfacher ist es, mit Amateuren zu arbeiten, die keine Bezahlung fordern. Doch das ist auch eine Infragestellung des künstlerischen Wertes einer Leistung. Denn der Verdienst sagt ja etwas darüber aus, welchen Wert wir einer bestimmten Tätigkeit zurechnen.“ Partizipation, sei es am Theater, in der Kunst oder im Internet, erfordert eine neue gesell-

schaftliche Diskussion um Urheber- und Autorenrechte, und darüber, welchen Stellenwert wir als Gesellschaft künstlerischem Schaffen beimessen.

Experten des Alltags auf die Bühne

Handelt es sich bei den partizipativen Künsten nun um eine Stärkung des Bürgers? Oder um eine Schwächung der Kunst? Um Selbstermächtigung oder Gleichmacherei? Geht es um Mitbestimmung oder Neoliberalismus? Für Inga und Carol-Ann, die beiden Tänzerinnen von „BOOM“, war die Arbeit mit Doris Uhlig vor allem persönlich sehr bereichernd. Sie sagen: „Es war ein Geschenk, das machen zu dürfen. Eigentlich würde man eher Geld dafür zahlen.“ Inga war zunächst eher skeptisch mit den Kindern, die mitmachen – sie hatte die Vorstellung, dass Tanz perfekt sein müsse. Als sie nach der Premiere das Video gesehen hat, war sie jedoch überzeugt: „Es hat voll funktioniert. Kinder laufen halt nicht immer so konform, was aber auch gut aussieht, weil sie – politisch übersetzt – auch die Vielfalt der Gesellschaft ausmachen.“ Sie findet es gut, dass es Bürgertheater gibt, „aber wenn es zu viel wird, dann hätte ich Sorge, dass es das professionelle Theater zu sehr ersetzt und das fände ich sehr schade“. Und Carol-Ann fragt sich: „Für wen machen wir das denn? Nur für unsere Freunde und Verwandten? Oder schauen sich das Menschen, die normalerweise ins Theater gehen, gerne an? Manchmal hatte ich das Gefühl, es war schlaun vom Theater, durch diese Bürgerprojekte neue Zuschauer zu gewinnen. Als wäre eine Geschäftsidee dahinter.“ Und wie authentisch ist das, was dann auf der Bühne zu sehen ist? Sie gehe gerne ins Theater, um sich eine Geschichte anzusehen, sagt Inga. „Es muss nicht unbedingt etwas Reales sein, sonst könnte ich ja auch einfach Tagesschau gucken.“

Art of the Cities

3. Bürgerbühnenfestival
Donnerstag 18. Mai bis Samstag
27. Mai 2017, Programm unter
www.buergerbuehnen-festival.de

Schwarzer Frühling 1917

Der Erste Weltkrieg trifft Freiburg als Front- und Lazarettstadt härter als andere deutsche Städte. Im Frühjahr 1917 erreicht die Kriegsnot ein neues Ausmaß.

von Robert Handrack

Ja, jetzt krachten sie [die Granaten] und wie! Zitternd und schweigend saßen wir unten im Gang, die Decken bebten, die Fenster und Kronleuchter klirrten, ein Donnergetöse rollte über das Haus, wie ich noch keines erlebt hatte.“ Der schwere Bombenangriff, den die Freiburger Lazarettleiterin Charlotte Herder im April 1917 in ihrem Tagebuch festhält, markiert den traurigen Höhepunkt eines katastrophalen Frühlings. Seit dem Jahreswechsel 1916/17 nimmt die Kriegsnot eine neue Dimension an. Bei Temperaturen von minus 15 Grad machen die schlechte Versorgungslage, der Verfall der Infrastruktur und Isolierungsängste den Einwohnern das Leben schwer.

Im Visier der Feinde

Schon kurz nach Kriegsausbruch 1914 wich die anfängliche Euphorie einem gereizten Klima. Der Krieg war im städtischen Alltag spürbar: Artilleriegefechte in den Vogesen waren von Freiburg aus zu sehen und zu hören. Güterzüge nahmen die Bürger als Bombenbedrohung wahr. Als Lazarett- und Frontstadt beherbergte Freiburg während des Kriegs bis zu 100 000 Verletzte, und fungierte als Sammelpunkt für Reichssoldaten. Bis zum Krieg war die Stadt im Schwarzwald noch ein El Dorado für Pensionäre aus Norddeutschland, die in eigens errichteten Villen in der Wiehre ihren Lebensabend verbringen wollten. Mit Kriegsbeginn musste die Tourismusbranche als wichtigster Wirtschaftszweig schwere Verluste hinnehmen. Durch den ausbleibenden Tourismus fühlten sich die Bewohner schon früh vom Rest des Reichs abgeschnitten. Ab 1914 entwickelte sich Freiburg zu



Vor dem Ersten Weltkrieg war Freiburg ein attraktives Reiseziel – besonders für Pensionäre aus Norddeutschland. FOTOS: UNIVERSITÄTSARCHIV

der Stadt in dem umfassenden Werk „Freiburg im Ersten Weltkrieg“ analysiert.

Obwohl Freiburg von einer Hungersnot verschont bleibt, ist die Nahrungsknappheit extrem. Besonders Getreide, Fleisch und Milch fehlen. In der Folge blüht der Schwarzmarkt auf, soziale Spannungen treten immer stärker hervor. Eine kleine Gruppe reicher

Bürger pflücken darf. Bei Missachtung drohen Haftstrafen. Aufhalten kann die Stadt die Menschen nicht. Die Kriminalitätsrate nimmt zu. Vom Kriegsausbruch bis April 1917 verdreifacht sich die Zahl der Straftaten. Und das, obwohl die Bevölkerung zeitgleich um 30 Prozent schrumpft. Der Großteil der Bevölkerung ist unterernährt. „Als man Häftlinge wog, die theoretisch die gleichen Lebensmittelzuteilungen bekamen wie die übrigen Einwohner, stellte man einen erstaunlichen Grad von Unterernährung fest“, erklärt Chickering. Von 1915 bis 1917 steigt die Zahl der untergewichtigen Insassen von 5 Prozent auf 62 Prozent. In dieser misslichen Lage bleibt der Bevölkerung oft nur die Flucht in den Humor. Ein Witz aus der damaligen Zeit bringt das harte Leben der Einwohner auf den Punkt. Fragt der Religionslehrer: „Warum schenkte Gott Abraham im späten Alter noch einen Sohn?“ Schüler: „Damit er noch eine Brotkarte mehr bekommt.“

Allein im Dunkeln

Neben Nahrung mangelt es vor allem an Kohle. Um Energie zu sparen, stellt die Stadt die Straßenbeleuchtung ab. Nur wenige Bürger haben Zugang zu Elektrizität, der Vorrat an Kerzen schmilzt. Die Stadt ist in Finsternis gehüllt. „Die Dunkelheit erscheint allmählich wie eine feindliche Macht“, beschreibt Herder in ihrem Tagebuch die bedrückende Atmosphäre. Immer öfter setzt zudem der Fernverkehr ins Landesinnere aus. Das Gefühl der Isolierung nimmt weiter zu. Auch in den öffentlichen Bädern fehlt es ab 1917 an Energie. Besonders bei ärmeren Schichten verschlechtern sich die hygienischen Zustände. Krankheiten wie Tuberkulose oder Pocken treiben die erkrankte Zivilbevölkerung in die ohnehin schon überfüllten Lazarette. Oft kommt die Hilfe zu spät. Die sinkende Bevölkerungszahl macht sich auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar. 1917 ist Freiburg durch Tote, Kranke

und Abreisende so gebeutelt, dass es nicht mehr genug Arbeitskräfte für alle offenen Stellen gibt. Immer öfter übernehmen Frauen die Berufe der Männer. Die Freiburger Verkehrs AG etwa stellt im Ersten Weltkrieg erstmals Frauen als Schaffnerinnen ein.

„Der schwärzeste Tag unserer Geschichte“

Beklemmnis, Versorgungsprobleme, Dunkelheit, Verfall der Infrastruktur und schließlich immer öfter Fliegerbomber über der Stadt: „Der schwärzeste Tag in der Geschichte der Bombenabwürfe auf unsere Stadt ist unzweifelhaft der 14. April 1917, der jedem ewig in Erinnerung bleiben wird, der jene schrecklichen Stunden miterlebt hat“, kommentiert der Freiburger Autor und Zeitzeuge Oskar Haffner. In nur 27 Minuten zerstören englische und französische Fliegerbomber zahlreiche Gebäude in der Wiehre und in der Innenstadt. Die Entrüstung ist groß, da ausnahmsweise wohlhabende Wohngegenden zerstört werden. Denn in der Regel zielen die feindlichen Bomber auf das Arbeiterviertel Stühlinger, das der französischen Grenze am nächsten liegt.



Das Anatomische Institut an der Albertstraße brannte nach dem Bombenangriff im April 1917 gänzlich aus.

13 Menschen sterben und ein Sachschaden von über einer Million Reichsmark entsteht. Ein schwerer Schlag nach dem desaströsen Winter: „Der große Luftangriff vom April 1917 stellt ein letztes Kapitel dieser besonders trüben Zeit dar“, resümiert Chickering. Bis Frühjahr 1918 bombardieren feindliche Flieger regelmäßig Freiburg. Über keiner anderen deutschen Stadt, abgesehen von Saarbrücken und Thionville (heute in Frankreich), fallen im Ersten Weltkrieg mehr Bomben. Die Angriffe verunsichern die Bevölkerung stark. Wer es sich leisten kann, schließt Versicherungen gegen Fliegerangriffe ab oder verlässt gleich die Stadt. Zum eigenen Schutz verlangen die Einwohner die Errichtung eines Kriegsgefangenenlagers in Freiburg, das als „menschliches Schutzschild“ weitere Bombenangriffe verhindern soll. Die Verwaltung kommt ihrem Wunsch nach.

Der Erste Weltkrieg im kollektiven Gedächtnis

Heute erinnert wenig an dieses schwarze Kapitel der Freiburger Geschichte. Der Zweite Weltkrieg hat im kollektiven Gedächtnis der Stadt das Gedenken an die Zeit von 1914 bis 1918 weitgehend verdrängt. Dabei „steht Freiburg nicht für das typische Schicksal einer deutschen Stadt“, wie Chickering urteilt. Dass der Erste Weltkrieg das Alltagsleben auf so vielen Ebenen berührte, war der geographischen Lage geschuldet. Und trotz allem kam es nicht zu politischen Unruhen wie in anderen Teilen des Reichs. „Da Freiburg kein wichtiger Industriestandort war, waren die Klassenverhältnisse nicht so angespannt wie etwa in Mannheim“, erklärt Chickering. Derartige Widersprüche verdeutlichen das außergewöhnliche Schicksal Freiburgs – trotzdem findet es in der lokalen Erinnerungskultur nur wenig Platz.



Die Nähe zur Front machte Freiburg zu einer der wichtigsten Lazarettstädte des Deutschen Reichs.

einem bedeutenden Standort der Rüstungsindustrie, die Stadt rückte so noch mehr in den Fokus feindlicher Bombenangriffe.

Kirschenpflücken verboten

War das Leben während der ersten Kriegsjahre noch einigermaßen erträglich, verschlechtert sich die Lage im Winter 1916 drastisch. „Das war im Grunde eine Naturkatastrophe, die mit dem Ausfall der Kartoffelernte begann und sich mit der anhaltenden Kälte bis in den Frühling 1917 fortsetzte“, sagt der Historiker Roger Chickering. Der US-Amerikaner hat den Kriegsaltag

Bürger kauft dort Lebensmittel, die bis zu viermal so viel kosten wie auf dem normalen Markt. Der Mittelstand verarmt. Oft muss sich der Großteil der Einwohner mit Kohlrüben begnügen. Ein Gedicht aus dem Jahr 1917 zeigt, wie unbeliebt das Gemüse in der Bevölkerung war: „Die Rüben, ach die Rüben. Hätt' meine Mutter Fleisch gekocht, wär' ich zu Haus geblieben.“

Die Stadtverwaltung versucht erfolglos, dem illegalen Treiben auf dem Schwarzmarkt ein Ende zu bereiten. Sie beginnt, die Nahrungverteilung zu regulieren und legt sogar fest, wie viele Kirschen im Kaiserstuhl jeder

Ein Stadion ist kein Schwarzwaldhäusle

Der SC Freiburg darf sein neues Stadion am „Wolfswinkel“ beim Freiburger Flugplatz bauen. Der Standort ist nach wie vor umstritten. Ist es möglich, ein Fußballstadion ins Freiburger Stadtbild zu integrieren?

• von **Sabrina Grether**

Das Spielfeld des Schwarzwaldstadions ist fünf Meter zu kurz und weist ein Gefälle von rund einem Meter auf. Es gibt nur 24 000 Zuschauerplätze und keine Möglichkeit, das Stadion zu vergrößern. Die Sicht von den wenigen Behindertenplätzen auf das Spielfeld ist eingeschränkt. Rettungs- und Fluchtwege sind extrem eng. So fasst der Kommunikationsleiter des SC Freiburg Philipp Walter einige Nachteile des SC-Stadions zusammen.

Bundesliga-Vereine stehen in einem direkten wirtschaftlichen Wettkampf, in dem der SC Freiburg mit dem Schwarzwald-Stadion, einem der kleinsten Stadien der ganzen Bundesliga, nicht konkurrenzfähig ist. Im jetzigen Stadion ist kein Platz für Lounges und mehr Werbeflächen, was für den SC starke wirtschaftliche Nachteile bedeutet. „Wir erfüllen nicht die Lizenzierungsauflagen der Deutschen Fußball Liga (DFL). Jedes Jahr müssen wir eine Sondergenehmigung beantragen. Dieses Vorgehen ist nicht zukunftsfähig“, so Walter. „Die Anforderungen der DFL gerade im Medienbereich, also zum Beispiel die Anzahl der Kamerapositionen, werden jedes Jahr umfangreicher“, sagt Walter. „Der Bundesliga-Standort Freiburg ist ohne neues Stadion nachhaltig gefährdet.“

Der SC Freiburg braucht ein neues Stadion, darüber besteht im Großen und Ganzen Konsens – sogar beim Naturschutzbund Freiburg, der sich vor dem Bürgerentscheid am 1. Februar 2015 gegen ein neues Stadion aussprach. Die Gegner bemängeln nicht das Projekt als solches, sondern nur den Standort, wie Dirk Niethammer, erster Vorsitzender des NABU Freiburg erklärt: „Wenn man das Stadion so umsetzt, wird das negative Folgen für den Naturraum haben: Verlust von Fläche, Beeinträchti-

gung des Lokalklimas, natürlich auch Lärm.“ Außerdem kritisiert er, dass einige gute Standorte ohne Erklärung seitens der Stadt von vorneherein schnell ausgeschlossen wurden. Auch die Bürgerinitiative der Anwohner „BI-Wolfswinkel“ und die Bürgerinitiative „Pro Flugplatz“ sind vehemente Gegner des Standortes.

Den idealen Standort gibt es kaum

„Den perfekten Standort für ein Fußballstadion muss man sich erst malen“, so Jochen Tuschter vom Amt für Projektentwicklung und Stadterneuerung, federführend für das Projekt SC-Stadion. Er hält den Wolfswinkel trotz erschwelter Rahmenbedingungen für einen geeigneten Standort. Stadt-Sprecherin Stefanie Werntgen ist derselben Meinung: „In einer Stadt wie Freiburg, wo alles sehr eng ist und man viel Wohnfläche benötigt, ist es schwer, einen idealen Standort zu finden. Aber einen besseren gibt es auf jeden Fall nicht.“ Nicht nur, weil im Wolfswinkel genügend Fläche zur Verfügung stehe, sondern auch, weil er an einer Schnittstelle liege. Er sei von der Innenstadtseite her gut erreichbar und durch seine Lage nahe der Westrandstraße und der Autobahn gut mit dem Auto anfahrbar. Die Zufahrtsstraßen müssten allerdings erst noch gebaut werden. Und zwar von der Stadt, so Werntgen.

Der SC Freiburg bezahlt das Stadion, die Stadt den Rest

Der Bau des Stadions ist zu einem Festpreis von 70 Millionen Euro ausgeschrieben. Das Finanzierungskonzept war Teil des Bürgerentscheids vom Februar 2015, bei dem 58,2 Prozent der Wahlberechtigten für den Bau des neuen Stadions stimmten. Die Stadt bezahle zwar „das Drumherum“, erklärt Werntgen, allerdings handele es sich bei diesen Ausgaben vor allem um städtische Investitionen in die Infrastruktur, die



Noch spielt der SC Freiburg hier im Schwarzwald-Stadion im Stadtteil Waldsee an der Schwarzwaldstraße. Seit 1954 werden hier die Heimspiele des Erstligisten ausgetragen – aber nicht mehr lange. FOTO: SC FREIBURG

den Steuerzahlern zugutekommen. Auch das Land Baden-Württemberg steuere Zuschüsse von bis zu 16 Millionen Euro bei.

Zum Zweck der gemeinsamen Finanzierung gründeten Stadt und SC Freiburg die Objektträgersgesellschaft „Stadion Freiburg Objektträger GmbH & Co. KG“ (SFG), die außerdem Bauherrin und Eigentümerin des Stadions ist, wie deren Geschäftsführer Tuschter erläutert. Ohne die Zusammenarbeit des SC Freiburg und der Stadt wäre dieses Projekt laut Walter vom SC Freiburg so nicht möglich. In der Aufsichtsratssitzung der SFG Anfang April wurde besprochen, dass sich der SC Freiburg dazu bereit erklärt hat, für den Stadionneubau zusätzlich drei Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Die Anpassung des Budgets wird – wie im Bürgerentscheid vorgesehen – alleine vom SC getragen und be-

deutet keine Erhöhung der städtischen Kosten oder des städtischen Risikos.

Stadion und Stadtbild

„Ein Stadion nicht als Fremdkörper erscheinen zu lassen, ist die große Herausforderung“, meint Werntgen. Denn das Stadion wird trotz der Nähe zur Innenstadt am Stadtrand gebaut. „Das ist ein Sondergebäude“, räumt auch Tuschter ein. Es sei jedoch möglich, das Stadion passend zu gestalten, indem man darauf achtet, dass Form und Materialien mit jenen übereinstimmen, die auch in der Stadt hauptsächlich verwendet werden. Laut Walter wird versucht, ein Stadion zu bauen, das zu Freiburg passt, das die SC-Fans als Heimat empfinden und in dem der Charakter des SC Freiburg und der Stadt vereint sind. Die Grundlage eines Stadions sei zwar gewissermaßen vorgegeben durch die

Länge und Breite des Spielfeldes und die Tribünen, das SC-Stadion solle jedoch trotzdem „einen eigenen Charakter“ haben, „funktional gut und architektonisch wertvoll“ sein, wie Walter es beschreibt. Immer mal wieder war das für den Schwarzwald typische Baumaterial Holz im Gespräch. Es soll laut Tuschter allerdings kein reines Holzstadion geben: „Wegen der Größe des Stadions und wegen der Konsequenzen für die Statik. Da fehlen Langzeitstudien. Wir haben gesagt, Holz kann man sich schon vorstellen, aber nicht in buchstäblich tragender Rolle.“

Die SC-Fans werden sich überraschen lassen müssen, wie die Architekten und Bauunternehmen das Stadion passend zu Freiburg und zum Schwarzwald gestalten wollen. Schließlich kann es nicht einfach aussehen wie ein Schwarzwaldhäusle.

Der Freitaler kommt nicht voran

Freiburg hat eine lokale Währung. Im Prinzip müsste sie als Grundlage einer alternativen Wirtschaft gelten. Doch sie entwickelt sich kaum und bleibt unbekannt ...



150.000 Freitaler seien jetzt im Umlauf, so der Freitaler Verein. FOTO: T. PORCHERON

• von **Thomas Porcheron**

Hinter der Theke zieht die Apothekerin Gabriele Knauber-Idler mit breitem Lächeln ein Bündel bunter Geldscheine aus der Kasse, die mit Bildern der Johanneskirche, der Wiwili Brücke oder der Unibibliothek versehen sind. Es sind keine Euros, sondern Freitaler, das Regiogeld Freiburgs. Es wurde 2008 eingeführt und gilt als Komplementärwährung. Der Freitaler-

Verein will damit „den lokalen Einzelhandel stärken und ein nachhaltigeres regionales Wirtschaftsnetzwerk aufbauen“. Ein Freitaler entspricht einem Euro. Knauber-Idler ist stolz darauf, „von Anfang an mitzumachen“.

Außerhalb von Freiburg und Umgebung kann man den Freitaler nicht benutzen. Er ist immer wieder im Umlauf zwischen Verbrauchern und den siebzig teilnehmenden Unternehmen. Frisöre, Restaurants, Supermärkte,

Cafés und allerlei Geschäfte machen bei diesem Projekt mit. Man kann in fünf Ausgabestellen Euro in Freitaler eintauschen. Der Vorsitzende des Freitaler-Vereins, Jakob Rid, erklärt: „Stellen wir uns vor: Ich bin ein Unternehmer und habe 100 Freitaler in der Kasse. Wenn ich sie in Euro zurücktauschen will, muss ich eine Gebühr von zwei Prozent bezahlen. Diese zwei Prozent gehen dann zu einem der dreißig Förderprojekte.“

Die Frage aber ist: Trägt der Freitaler tatsächlich dazu bei, die Stadt nachhaltiger zu machen? Es habe zwei Vorteile, so Rid. Entweder kauft das Unternehmen mit hundert Freitalern etwas anderes und das Geld kommt in Umlauf oder es tauscht das Geld in Euro zurück und ein Teil davon kofinanziert nachhaltige Projekte. Daraus entstehe eine „andere Beziehung zwischen den Händlern.“

Niedrige Umsätze

Doch die Umsätze sind äußerst niedrig. Im Café Artjamming in der Günterstalstraße bekommt man zwi-

schen 10 und 15 Freitaler im Monat. „Und es sind immer die gleichen Menschen, die mit Freitalern bezahlen“, sagt der Inhaber. Auch David Danner vom Danner-Markt in Betzenhausen sagt, dass er selbst als Ausgabestelle keinen großen Umsatz mache.

Unternehmen sind entmutigt und manche wollen nicht mehr mitmachen. Das Restaurant „Vorderhaus“ in Herdern hat beschlossen, den Freitaler nicht mehr zu akzeptieren. „Ich habe keinen einzigen Freitaler in einem halben Jahr gesehen“, sagt ein Kellner. Der Chef fügt hinzu: „Mehr Aufwand, mehr Arbeit und es kostet Gebühren“. Von zehn befragten Unternehmen nehmen vier an dem Projekt bereits nicht mehr teil.

„Unser Haushalt beträgt kaum 2.000 Euro“

Aus diesem Grund fließt sehr wenig Geld in die Förderprojekte, ja fast keines. Die „Waldorfschule Rieselfeld“ nimmt jährlich nur ungefähr 20 Euro über die Förderung durch den Freitaler ein. Bei dem Verein „Bauern-

hoftiere für Stadtkinder“ scheint die Partnerschaft etwas eingeschlafen zu sein. Obwohl die Freiburger nicht viel vom Freitaler wissen, findet die Idee Anklang. Die teilnehmenden Unternehmen loben das Regiogeld. Der Frisör Andreas Sturm würde gern weitermachen, „wenn Leute den Freitaler mehr verwenden würden.“ Die Kellnerin Lena bedauert, dass das Sedan-Café nicht mehr mitmacht: „Das war doch eine gute Idee. Aber seit mehreren Monaten hat niemand mehr mit dem Freitaler bezahlt.“ Liegt es an mangelnder Kommunikation?

Der Chef des Freitaler-Vereins glaubt, dass der Verein unter Geldmangel leidet: „Wir kriegen kein Stipendium, kein Geld von den Institutionen.“ Der jährliche Haushalt beträgt kaum 2 000 Euro. Zu wenig, um jemanden anzustellen, der sich um die Kommunikation kümmert. Doch er hofft, dass das Regiogeld sich weiterentwickelt. Apothekerin Knauber-Idler appelliert an die Verbraucher: „Sie müssen sich trauen, das Regiogeld zu verwenden, es ist ganz einfach.“